FRANKFURTER ALLGEMEINE SONNTAGSZEITUNG

RHEIN-MAIN

FRANKFURTER ZEITUNG
4. SEPTEMBER 2022 NR. 35 SEITE R1

Manfred Roeder: Richter im sogenannten Dritten Reich und in den sechziger Jahren angesehener Kommunalpolitiker in der Taunusgemeinde Glashütten

Fotos Kreisarchiv des Hochtaunuskreises, United States Army Office, Bearbeitung F.A.S.

# Glashütten und der Todes-Richter

**Im Jahr 1963 zog ein Mann in den Taunus, der im Nationalsozialismus an Dutzenden Hinrichtungsurteilen beteiligt war. Warum konnte er dort jahrelang unbehelligt Kommunalpolitik machen? Eine kleine Gemeinde will sich ihrer Vergangenheit stellen.**

*Von Florentine Fritzen*

Glashütten braucht einen Historiker. Eigentlich ist die Sache dringend, aber wie es so geht in der Kommunalpolitik und in der Wissenschaft, kann es noch eine Weile dauern, bis eine Person gefunden ist, die mit Fachverstand ein heikles Kapitel der Geschichte der Taunusgemeinde erforscht. Es geht nicht um die Hütten der Glasbläser, die sich vor Jahrhunderten am Emsbach ansiedelten. Auch nicht um den Limes, der die Einwohner der heutigen Ortsteile geteilt hätte in Römer und Germanen. Und auch nur am Rande um die vor allem im Ortsteil Schloßborn bis heute ungeliebte Gebietsreform von 1972, die aus drei Dörfern eine Kommune machte, die heute 5400 Einwohner zählt.

Nein, die Sache ist brisanter. Es geht um einen Mann mit nationalsozialistischer Vergangenheit. Manfred Roeder war Richter unter Adolf Hitler und an Dutzenden Todesurteilen gegen Regimegegner der Widerstandsgruppe „Rote Kapelle“ beteiligt. Im Jahr 1963 kam er aus Neetze bei Lüneburg nach Glashütten. Dort ging er bald in die Kommunalpolitik, war seit 1964 im Gemeindevorstand, seit 1968 Erster Beigeordneter, also Vertreter des Bürgermeisters. Der hieß in jener Zeit Franz Johann Gottschalk. Was wusste der Sozialdemokrat von Roeders Vergangenheit und wie eng arbeitete er bis zu dessen Tod 1971 mit dem „Generalrichter a. D.“ zusammen? Die Frage bewegt viele in Glashütten.

Das Haus, in dem Roeder lebte, steht in diesem Hochsommer offensichtlich leer. Es ist ein Flachbau in einem einstigen Neubaugebiet, weiß, mit großem Gartengrundstück am Hang. Die Rollläden sind heruntergelassen. Es heißt, bis vor einer Weile habe Roeders hochbetagte Tochter darin gelebt, sie sei aber verstorben. Manche vermuten, dass in dem Haus noch Unterlagen zu finden sind, die Historiker als Quellen nutzen könnten – wenn sie denn herankämen. Aber auch in Archiven gibt es natürlich Dokumente. Einige davon hat vor ein paar Jahren die kürzlich verstorbene Lokalhistorikerin Ingrid Berg ausgewertet. Manchen im Ort gehen die Forschungen der Glashüttenerin aber nicht weit genug. Bergs Aufsatz über Roeder in Glashütten im Jahrbuch des Hochtaunuskreises 2018 heißt „Kommunalpolitik mit NS-Vergangenheit?“ – mit Fragezeichen. Die Arbeitsgemeinschaft SOG Glasklar und der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie setzen sich seit Jahren dafür ein, Roeders Einfluss in Glashütten und die Rolle des damaligen Bürgermeisters näher zu beleuchten.

Das hat auch die Gemeindespitze vor. Seit einem guten Jahr ist Bürgermeister Thomas Ciesielski im Amt. Der CDU-Politiker hat Veranstaltungen der beiden Initiativen besucht und sich mit deren Verantwortlichen getroffen. Im Februar dieses Jahres beschloss der Gemeindevorstand, das „Wirken des Generalrichters Dr. Manfred Roeder in der Kommunalpolitik der Gemeinde Glashütten“ mit externer Unterstützung wissenschaftlich aufzuarbeiten – sieben Jahre nachdem er 2015 schon einmal beschlossen hatte, die Akten aus dem Gemeindearchiv auswerten zu lassen. Jetzt soll es eine „Aufarbeitung ohne Vorurteile und damit eine hoffentlich breite Akzeptanz“ geben. Dann, so hofft der Bürgermeister, könnte niemand mehr „durch Vorurteile und Spekulationen weiterhin Unruhe“ stiften. Die, die besonders engagiert Aufklärung fordern, fühlen sich derweil als „Nestbeschmutzer“ diffamiert, berichten von „Hetzmails“. Dabei habe doch Roeder das Nest beschmutzt.

Vor wenigen Wochen haben Ciesielski und der Erste Beigeordnete Klaus Hindrichs, ebenfalls von der CDU, einen Brief an das Demokratiezentrum Hessen geschrieben. Das ist die Anlaufstelle des Beratungsnetzwerks Hessen – Gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus. Die an der Marburger Philipps-Universität angesiedelte Institution soll demokratische Strukturen stärken, Rechtsextremismus und Rassismus vorbeugen. Auch Ines Nickchen von SOG Glasklar – die Abkürzung steht für die Ortsteile Schloßborn, Oberems und Glashütten – hatte schon vorher Kontakt zu Reiner Becker, dem Leiter des Demokratiezentrums.

Der Bürgermeister und der Erste Beigeordnete haben nun fünf Fragen formuliert, die sie Becker mitteilen. Davor schreiben sie von den großen „Gräben in der Gemeinde zum Wirken Dr. Manfred Roeders“ – im Nationalsozialismus wie auch später in Glashütten. Dann heißt es verklausulierter: „Immer wieder taucht bei Veranstaltungen zum Thema die Frage auf, welche Rolle der damalige Bürgermeister Gottschalk in Bezug der kommunalpolitischen Funktion von Dr. Roeder eingenommen hat.“

Die jüngste Veranstaltung zum Thema war im Mai. Der Autor Hermann Vinke las auf Einladung der beiden Initiativen im Bürgerhaus aus Briefen der jungen Widerstandskämpferin der Roten Kapelle, Cato Bontjes van Beek. Das war für SOG Glasklar wieder ein Anlass, darauf hinzuweisen, dass Roeder seit 1963 in Glashütten lebte. Ein Mann, der 1942 der Chefankläger in dem Hinrichtungsprozess gewesen sei, in dem die 22 Jahre alte Frau und weitere Mitglieder der Gruppe zum Tode verurteilt worden seien. Die junge Cato hatte Flugblätter verteilt.

Die erste Frage, die Bürgermeister Ciesielski stellt, lautet: Warum ging Dr. Roeder nach Glashütten? Die zweite: Warum wurde er, obwohl in der Gemeinde bekannt war, wer er während der Zeit des Nationalsozialismus war und was er damals tat, „so schnell vom damaligen Bürgermeister Gottschalk und den verantwortlichen Politikern Glashüttens integriert“?

An Gottschalk erinnert im Wald eine große Fichte, die seit längerer Zeit seinen Namen trägt. Seit ein paar Jahren steht unter der Gottschalk-Fichte auch ein Schild mit einem Schwarz-Weiß-Porträt des Kommunalpolitikers mit Anzugjacke und Krawatte, darunter ein Wappen der Gemeinde Glashütten. Da ist zu lesen, dass der Mann vom 26. November 1956 bis zum 23. März 1979 Bürgermeister war – und lange Zeit der dienstälteste Bürgermeister im Hochtaunuskreis. Auf dem Schild steht auch, dass in seiner Amtszeit die Partnerschaft mit Caromb in Frankreich begann, das Gebiet unter der Bundesstraße 8 bebaut wurde, Sporthalle und Waldfriedhof entstanden. Das Schild steht hinter der Fichte. Vor dem Nadelbaum stehen vier Stelen aus Glas. Sie gehören zu einem 2013 eröffneten Glaskunstweg im Wald. Den hat Ines Nickchen geschaffen. Die Keramikerin aus Glashütten engagiert sich bei SOS Glasklar.

Nickchen stört sich an dem Schild, weil sie Gottschalks Rolle bei Roeders Mitarbeit in der Gemeinde sehr kritisch sieht. Sie verweist auf den Nachruf, den der damalige Bürgermeister nach Roeders Tod 1971 unterzeichnete. Darin heißt es, Roeder sei „in unbedingter Aufrichtigkeit, Verlässlichkeit und demokratischer Verantwortung“ seinen Weg gegangen, habe „in Kreisen der Bevölkerung“ Vertrauen, Hochachtung und Freundschaft erfahren. Nickchen meint: Wer so etwas schreibt, hat keine Gedenktafel verdient. Bürgermeister Ciesielski will die Tafel nicht entfernen. In der Nähe leben noch Nachkommen von Gottschalk. Außerdem ist die Sache historisch nicht aufgearbeitet. Noch nicht.

Was Roeder angeht, gibt es immerhin Vorarbeiten. Nicht nur die umstrittenen der Lokalhistorikerin Berg. Der Regisseur Christian Weisenborn hat in einem Film über seine Eltern berichtet, die zur Roten Kapelle gehörten; der Vater strengte später einen Prozess gegen Roeder an. Auf deren Aufsatz von 2018 folgte, ebenfalls im Jahrbuch des Landkreises, 2020 eine Replik des Politikwissenschaftlers Johannes Tuchel. Im Text des Leiters der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin ist nachzulesen, dass Roeder 1900 in Kiel zur Welt kam, in Berlin und Würzburg Jura studierte und 1922 eine Adelige heiratete, Hedwig-Luise von Estorff. Das sei ein gesellschaftlicher Aufstieg gewesen, denn das Gut Neetze bei Lüneburg, das Roeder nach eigenen Angaben zwischen 1924 und 1928 bewirtschaftete, gehörte zum Familienbesitz. Das Referendarexamen bestand Roeder 1931 mit „voll ausreichend“, das Assessorexamen 1934 mit „ausreichend“. Bald begann seine Richterlaufbahn, er wurde Oberkriegsgerichtsrat und im Januar 1945 Generalrichter der Luftwaffe.

Roeder trat nicht in die NSDAP ein, aber im Mai 1933 in den „Bund nationalsozialistischer Deutscher Juristen“ und im November 1933 in die SA, aus der er nach eigenen Angaben 1935 wieder ausschied. Beim Nürnberger Juristenprozess 1947 sagte er als Zeuge aus; in dieser Zeit gab er an, 1942 von Reichsmarschall Hermann Göring den Auftrag „zur Untersuchung und Anklagevertretung im Fall Rote Kapelle“ erhalten zu haben, wie es bei Tuchel heißt. Ein späteres Verfahren wurde 1951 eingestellt. Im Abschlussbericht hieß es: „Die Ermittlungen haben den Eindruck hinterlassen, dass das Reichskriegsgericht zwar viele Todesurteile im Verfahren ‚Rote Kapelle‘ verhängt hat, dass aber in diesen Fällen auch beim allerbesten Willen nicht um ein Todesurteil herumzukommen war.“

Auch der Politikwissenschaftler sieht Lücken in Ingrid Bergs Aufsatz und geht stärker als die Lokalhistorikerin davon aus, dass die Glashüttener von Roeders Vergangenheit wussten. Dieser Meinung hat sich der Gemeindevorstand nun angeschlossen. Die dritte Frage von Bürgermeister Ciesielski lautet: Welche Wirkung hatten die „ungebrochenen NS-ideologischen Überzeugungen und eventuell bestehenden NS-Strukturen in der hessischen Justiz auf sein kommunalpolitisches Wirken“?

Außerdem wollen die Kommunalpolitiker ergründen lassen, warum eine Publikation in der Zeitschrift „Der Spiegel“ 1968 in ihrer Gemeinde nicht zu einer Auseinandersetzung mit Manfred Roeders Vergangenheit führte. Da erschien eine Artikelserie über die Rote Kapelle in dem Hamburger Magazin, in der Roeder mehrfach erwähnt wird. Spätestens da, das meint auch Politikwissenschaftler Tuchel, habe die Gemeinde wissen müssen, wer der Beigeordnete bis zum Kriegsende gewesen sei.

Die fünfte und letzte Frage in dem Brief an das Demokratiezentrum dürfte Historiker nicht weniger reizen als die vier vorherigen: „Warum wurde die Causa ‚Generalrichter a. D. Dr. Manfred Roeder‘ 50 Jahre nach seinem Tod zu einem Streitgegenstand in der Gemeinde Glashütten?“ Der Bürgermeister erhofft sich von der Stelle nun ein Konzept – und will von ihr auch wissen, ob die Gemeinde Auftraggeber der Aufarbeitung wäre und welche Kosten zu erwarten sind. Wie Ciesielski berichtet, hat der Leiter des Demokratiezentrums, selbst kein Historiker, inzwischen zugesagt, das Schreiben an Fachleute weiterzuleiten. Bis sich jemand zurückmelde, könne es allerdings noch ein wenig dauern. Wegen der Semesterferien an den hessischen Universitäten.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Alle Rechte vorbehalten. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv